

Bolschewiki in Wien.

Die russische Sowjetregierung scheint offenbar der Ansicht zu sein, daß nicht nur Berlin und das Deutsche Reich ein gediegenes Terrain für den Umsturz ist, sondern daß sich auch in Wien und Deutschösterreich ähnliche Verhältnisse schaffen lassen. Zumindest soll ein Versuch in dieser Hinsicht unternommen werden, und zu diesem Zwecke wurde vor einiger Zeit eine Reihe von Organen der russischen Regierung nach Wien entsendet. Sie kamen unter dem Titel einer „Fürsorgekommission für die noch in Oesterreich befindlichen russischen Kriegsgefangenen“ und die Behörden hatten selbstverständlich gegen diese Art von Tätigkeit nichts einzuwenden. Bald wiesen aber verschiedene Anzeichen darauf hin, daß diese charitative Wirksamkeit nur der Deckmantel für eine agitatorische Tätigkeit im Sinne des Bolschewismus sein sollte. Von verschiedenen Seiten liefen Mitteilungen darüber ein, daß sich die reichlich mit finanziellen Mitteln ausgestatteten Abgesandten Petersburgs nicht darauf beschränken, für die Interessen der Kriegsgefangenen zu wirken, sondern daß sie sich immer deutlicher, als politische Emissäre ihrer Regierung gebärden. Die Kommission — sie besteht aus zirka zwanzig Personen — suchte vornehmlich in den Kreisen der Arbeitslosen Propaganda zu machen und hat auch mit einigen als radikal bekannten politischen Persönlichkeiten in Verbindung zu treten versucht. Allerdings scheiterten ihre Bestrebungen an dem gesunden Sinn der Wiener und alle, die die Agitatoren für ihre Pläne zu gewinnen suchten, hatten bald erkannt, was von den Phrasen der russischen Agenten zu halten sei. Einen nennenswerten Erfolg hat daher die Tätigkeit der fremden „Kommissionsmitglieder“ nicht zu verzeichnen und hoffentlich wird sich auch in Zukunft dies nicht ändern. Selbstverständlich konnte den Behörden nicht lange verborgen bleiben, welche Art von Tätigkeit die russischen Abgesandten in Wien entfalten, und in seiner gestrigen Sitzung befaßte sich der Staatsrat mit dieser Angelegenheit und beriet über Maßnahmen, um dem Treiben dieser Agenten ein Ende zu setzen. Vorläufig nehmen die Behörden eine abwartende Haltung ein, es darf aber nicht daran gezweifelt werden, daß sie sich zu energischen Schritten entschließen werden, sobald dies nötig sein wird.